

Nassauer Anzeiger



Ämtliches Organ

für die Stadt Nassau und für Bergnassau-Scheuern.

Publikationsorgan für das Amtsgericht Nassau.

Bezugspreis:
Stierteljahr 6,45 Mk. mit Bringerlohn.
Erscheint dreimal:
Dienstag, Donnerstag, Samstag
Eingelnummer 25 Bfg.

Anzeigenpreis:
Die einseitige Spalte 50 Bfg.
bei amtlichen Bekanntmachungen 70 Bfg.
Die Halbspalte 200 Bfg.

Filialen in: Bergnassau-Scheuern, Sulzbach, Schweighausen, Oberhof, Attenhausen, Hömberg, Ellenhütte.

Telegramme: Buchdruckerei Nassaulahn.

Bankkonto: Nassauische Landesbank Nr. 1830.

Fernsprechanruf Nr. 24.

Nr. 120.

Druck und Verlag:
Buchdr. Geinr. Müller, Nassau (Bahn).

Samstag, 16. Oktober 1920.

Verantwortung:
Arthur Müller, Nassau (Bahn).

43. Jahrg.

Zur Finanzlage.

In Ergänzung der Mitteilung über die Beschlüsse der letzten Kabinettsitzung geben wir im Nachstehenden die beschlossenen Leitsätze wieder. Das Programm mit dem Zweck der Verringerung der Ausgaben des Reichs ist dem Kabinett vom Reichsminister der Finanzen Dr. Wirth vorgelegt worden. Es hat, wie schon mitgeteilt, einstimmige Annahme gefunden und gibt dem Reichsfinanzminister die der schweren Finanzlage des Reichs entsprechende ausschlaggebende Stellung in der gesamten Ausgabeverwaltung des Reichs. Zur Unterstützung des Reichsfinanzministers bei der Durchführung der Grundzüge ist auf seinen Vorschlag ein Beamter der Reichsfinanzverwaltung der Präsident des Landesfinanzamtes Unterweser, Dr. Carl, zum Kommissar beim Reichsfinanzministerium ernannt worden, der nach Weisung und unter Verantwortung des Reichsfinanzministers arbeitet.

Das Bestallungsdekret für den Reichskommissar hat folgenden Wortlaut: „Der Präsident des Landesfinanzamtes Unterweser Dr. Carl wird bei dem Reichsminister der Finanzen und unter dessen Verantwortung zum Reichskommissar für Vereinfachung und Vereinheitlichung der Reichsverwaltung im Rahmen der Beschlüsse der Reichsregierung vom 3. Oktober 1920 ernannt und beauftragt.“

Die Leitsätze lauten u. a.

Zum Zwecke der Gesundung der Reichsfinanzen soll: Die Stellung des Reichsministers der Finanzen in formeller Hinsicht in folgender Weise gestärkt werden.

Es dürfen von keinem Reichsministerium und keiner nachgeordneten Reichsbehörde oder Reichsstelle oder einzelnen Beamten irgendwelche Maßnahmen, Neueinrichtungen oder Anordnungen, welche durch den Reichshaushalt oder sonstige gesetzliche Vorschriften nicht bereits genehmigte Ausgaben zur Folge haben oder haben können, ohne vorher rechtzeitig eingeholte Zustimmung des Reichsfinanzministers getroffen werden. Insbesondere haben alle Maßnahmen zu unterbleiben, welche den endgültigen Entscheidungen des Reichsfinanzministers über die Verteilung neuer Mittel in irgend einer Weise vorzugreifen geeignet sind.

In sachlicher Hinsicht soll sich die gesamte Finanzverwaltung und Wirtschaftsführung des Reichs streng nach folgenden Leitsätzen richten:

Der Aufgabenkreis des Reichs ist innerhalb der Grenzen der Verfassung so eng wie möglich zu halten.

Neue Verwaltungseinrichtungen dürfen nicht geschaffen, bestehende nicht vergrößert werden. Insbesondere dürfen grundsätzlich neue Stellen nicht geschaffen, vorhandene Ausgaben nicht erhöht werden.

Ausnahmen von diesem Leitsatz sind nur zulässig, sofern es sich um unbedingte Lebensnotwendigkeiten für das Reich handelt.

Die bestehenden Verwaltungseinrichtungen und Stellen vorübergehender oder dauernder Natur sind soweit als möglich einzuschränken und abzubauen und die Kosten der Verwaltung in jeder Weise zu vermindern.

Bei Leistung sonstiger Ausgaben ist sowohl auf persönl. wie auf sachliche Gebiete die allergrößte Sparlichkeit zu üben und mit allen Mitteln darauf hinzuwirken, daß die Ausgaben möglichst niedergehalten und Einsparnisse gegenüber den Voranschlägen erzielt werden.

Abgelehnte Beamtenwünsche

In einem Schreiben an die „Freiburger Tagespost“ erklärt Reichsfinanzminister Wirth, daß an eine Bewilligung weitgehender Beamtenwünsche in der Besoldungsfrage mit Rücksicht auf die finanzpolitische Lage nicht zu denken sei. Es könne sich nur darum handeln, in den vorliegenden Gesetzentwurf Verbesserungen einzubringen.

Zur Tagesgeschichte.

Die deutsche Entschädigungspflicht.

In einer Besprechung des englisch-französischen Gedenkstiftungsausschusses über das Verfahren zur Festsetzung der von Deutschland geschuldeten Entschädigung führt die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ aus, daß Deutschland bereit sei, mit jeder der alliierten Mächte oder mit mehreren zusammen den Boden für die Genfer Konferenz in einer kurzen Besprechung von Sachverhältnissen vorzubereiten, aber es müsse Klarheit darüber herrschen, daß Deutschland an der Idee von Genf festhalte. Es sei deutscherseits nichts dagegen einzuwenden, daß diese Vorbereitung in Köln stattfinden, nur müsse Vorangehen dafür getroffen werden, daß nicht etwa die Kolonialzusammenkunft als ein Ersatz für die Genfer Konferenz angesehen werde. In Köln könne es sich lediglich um unverbindliche Vorbesprechungen handeln. Die Idee von Genf ist — so schließt das Blatt — durch Zusicherungen festgelegt worden, und es ist selbstverständlich, daß diese Zusicherungen gehalten werden müssen. Über die Art und Weise, wie sie ausgeführt werden, kann gesprochen werden, es ist aber nicht möglich, daß die Natur dieser Besprechungen selbst in ihr Gegenteil verkehrt wird, indem anstatt internationaler Verhandlungen auf paritätischer Grundlage zu dem System der Ultimaten und Diktats wie in Spa geschritten wird.

Wirtschaftspolitische Ausschuss.

Der Wirtschaftspolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrates eruchte in seiner Sitzung die Regierung, durch sofort einzusetzende Kommissionen auf Einführung aller einer Erhöhung der Förderung versprechenden Änderungen dringen zu wollen. Um den notwendigen Anreiz zum Vorgehen zu erhalten, müsse auf ein richtiges Verhältnis zwischen den Löhnen in den Bergbetrieben und den anderen Industrien hingewirkt werden. Die Bergarbeiterbevölkerung sei so ausreichend mit Lebensmitteln zu versorgen, daß sie auch die gewünschte Arbeit leisten könne. Die in den Tarifverträgen festgelegte Dauer der außerordentlichen Schichten solle gesetzlich gesichert werden. Entsprechend den Wünschen der Bergleute sei der weitere Ausbau des Ansparschaftswesens beschleunigt durchzuführen.

Direktor Cremer gab anschließend einen Bericht über das Projekt der Gründung einer Reichswirtschaftsbank. U. a. betonte er, die deutsche Finanzwelt müsse sich genau überlegen, ob das jetzige finanzielle Fundament für die weitere Gestaltung des Wirtschaftslebens ausreicht. Es müsse die Möglichkeit geschaffen werden, die in Deutschland noch schlummernden Kredite der Industrie der Landwirtschaft und dem Handel unter Mitwirkung der Banken zuzuführen. Direktor Salomonson hebt hervor, daß die gegenwärtige Krise durch die Kohle und die Abgabe bedingt sei. Es sei gefährlich, Sparfahrgelber für industrielle Zwecke zu verwenden. Staatssekretär Hirsch bedauert die scharfen Angriffe gegen das Reichswirtschaftsministerium und weist darauf hin, daß die Wirtschaftsbank zuerst vom Reichsverband der deutschen Industrie angeregt worden sei. Die Frage wurde an einen Unterausschuss verwiesen.

Um die Dieselmotoren.

Im Wirtschaftspolitischen Ausschuss des Reichswirtschaftsrates berichtete Ministerialdirektor Gebhardt vom Auswärtigen Amt über die Rechtslage in der Frage der Dieselmotoren, die durchaus zu Gunsten Deutschlands sei. Der Regierungsvertreter wies dann auf die in Paris überreichte Note hin, worin der deutsche Standpunkt dargelegt wird. Er erklärte im Anschluß daran: Wir haben vor einigen Tagen ein Schreiben des Vorsitzenden der Marinekontrollkommission bekommen, worin er immer noch verlangt, daß die Herstellung der Dieselmotoren, die am 11. Oktober beginnen sollte kein Widerstand entgegengesetzt werde. Er drohte, wenn Widerstand geleistet werde, die Kontrollkommission zurückzuziehen und an die Regierung zu berichten. Wir haben erwidert, daß vor jedem weiteren Schritte die Antwort der Vorschaltkonferenz auf unsere Note vom 10. Sept. abzuwarten sei.

Die Wiedergutmachungsfrage.

Wie von diplomatischer Seite gemeldet wird, ist die Frage der Wiedergutmachungskommission, soweit sie Paris und London betrifft, folgendermaßen gekennzeichnet: London will eine Prüfung der Wiedergutmachungsfrage durch Sachleute, die nicht durch die Wiedergutmachungskommission gewählt werden. Paris dagegen will Sachleute, die aus den Kreisen dieser Kommission ernannt werden. London will die Zusammenkunft dieser Sachleute in Köln, Paris dagegen will sie in Brüssel. London verlangt eine Konferenz wie die in Spa, Paris und Brüssel wollen jedoch eine solche nur unter der Bedingung annehmen, daß bei dieser Konferenz kein deutscher Minister anwesend sei, und daß sich eine solche Konferenz darauf beschränke, die Wiedergutmachungskommission die Richtlinien zu weisen.

Sozialdemokratischer Parteitag in Kassel.

Die Aussprache am Dienstag gab ein klares Bild her in der Partei bestehenden widerstreitenden Anschauungen. Hervorzuheben ist die sehr merkwürdige Haltung von Cohen-Neuß, der sich zu der Behauptung verließ, daß die Zustände im besetzten französischen Gebiet nach 1870—71 genau so schlimm gewesen seien wie umgekehrt heute im deutschen besetzten Gebiet. Adolf Braun wies diese Geschichtsfälschung entkräftet zurück und stellte fest, daß man zwischen einem pommerischen Grenadier und den schwarzen Truppen doch wohl keinen Vergleich ziehen könne. Auf Grund persönlicher Eindrücke in England trat Braun der Behauptung entgegen, daß nur England kriegsverlängernd gewirkt habe. Zwei angesehene Angehörige der Labour Party hätten im Februar 1918 bei Lloyd George zu Abend gegessen und bei dieser Gelegenheit hätte Lloyd George gesagt, er wäre unbedingt für den Frieden mit Deutschland, unter der Bedingung, daß dieses sich an Laß-Pöhlungen und Belgien desinteressiert erkläre. Die Frühjahrsangriffe hätten dann bei Lloyd George jede weitere Bewegung verhindert. Nachdem Scheidemann noch den entrüsteten Protest der Vertreter des besetzten Gebietes gegen die Ausführungen Cohens bekanntgegeben hatte, wurde die Aussprache abgebrochen.

Die U. S. V. in Halle.

Auf dem Parteitag der Unabhängigen Sozialdemokraten in Halle werden die beiden Referenten für den Ausschuss an die dritte Internationale, Däumig und Stöcker, eine Entschädigung vorlegen, in der gesagt wird,

der Parteitag erblickt in der Zusammenfassung der revolutionären Parteien aller Länder in eine einheitliche

straff organisierte Internationale eine unbedingte Notwendigkeit. Die dritte Moskauer Internationale sei die Weltorganisation des revolutionären Proletariats, der sich die deutsche unabhängige sozialistische Partei sofort anschließen habe, und zwar unter Aufgabe ihrer bisherigen Eigenstellung als Partei.

Wie der französische Sozialdemokrat Rappaport in der „Humanité“ mitteilt, hatte er die Absicht, sich zu dem Kongress der Unabhängigen Sozialdemokraten nach Halle zu begeben, die französische Regierung habe ihm jedoch den Paß verweigert.

Dem „Vorwärts“ zufolge ist Sinowjew als Delegierter der Sowjet-Regierung zum Parteitag der U. S. V. D. in Halle eingetroffen. Die französische Partei hat als Vertreter zum hiesigen Parteitag Longuet und Sibaud sowie Grumbach geschickt. — Laut „Freiheit“ sind nach vorläufigen Feststellungen in Halle bisher 220 Befürworter und 158 Gegner der Moskauer Bedingungen als Delegierte anwesend.

Ein Höchstmietengesetz.

Nachdem die Mieter dank dem Protest der Mieter in der Versammlung verschwindend zu sein scheint, beabsichtigt die Regierung, anschließend auf Umwegen zu ihrem Ziele zu kommen und zwar in der Form eines Höchstmietengesetzes, das angeblich bereits am 1. April 1921 in Kraft treten soll. Blätter berichten, daß der Entwurf Grundmiete, Betriebskostenbeiträge und Instandsetzungsarbeiten vorzählt. Unter die Betriebskosten werden die Kosten für Wasser, Müllabfuhr u. fallen. Die Grundmiete soll zur Deckung der Zinsen der am 1. Juli 1914 eingetragenen gewesenen Hypotheken und des vom Hauseigentümer angelegten Kapitals dienen. Das eigene Kapital wird mit 1 Prozent über die letzte Hypothek verzinst. Unter die Instandsetzungskosten werden alle Ausgaben für Haus und Wohnungen gerechnet. Die Mieterausschüsse erhalten Kontrollrecht. Durch den Entwurf sind alle laufenden Verträge einer Revision zu unterziehen.

Bevor zu dem Entwurf Stellung genommen werden kann, muß man genaue Kenntnis der einzelnen Bestimmungen haben.

Putzgerüchte.

Gegenüber Putzgerüchten, die durch das Richterscheitern der Berliner Blätter verursacht wurden, versichert der Berliner Polizeipräsident Richter gegenüber einem Journalisten, daß kein Grund zu irgendwelcher Beunruhigung vorhanden sei; im Gegenteil sei die allgemeine Lage als durchaus ruhig zu bezeichnen.

Irland.

Die irische Geheimgesellschaft „Bachsamkeit“ nahm eine Resolution der Frein in den Vereinigten Staaten an, wonach die republikanische Staatsform für Irland als traditionswidrig nicht in Frage kommt und auch die Teilung Irlands in die Zahl der englischen Dominions für die irische Nation demütigend wäre. Das irische Volk wünsche die Einführung einer künftigen Dynastie für Irland mit dem Herzog von York, dem jüngeren Bruder des Fürsten von Wales, Prinzen Albalbert, an der Spitze. Der Prinz soll bei der Besteigung des irischen Thrones den Namen Patrick annehmen.

Die Entwaffnungsartie...

Nach den neuesten amtlichen Feststellungen sind im Landespolizeibezirk Groß-Berlin 34 500 Gewehre, 1064 Maschinengewehre und Maschinengewehrpatronen und 1 960 000 Schuss Munition abgeliefert worden, außerdem noch zwei Kanonen kleineren Kalibers. Die Ablieferungen entsprechen nach amtlichen Versicherungen durchaus den gegebenen Erwartungen.

Arbeitsstampe.

Die Direktion der Badischen Anilin- und Sodafabrik in Mannheim teilt unterm 9. Oktober mit: Gestern nachmittag legte die Schicht der Belegschaft der Gasfabrik in Oppau die Arbeit nieder, weil ihren Lohnforderungen nicht binnen einer halben Stunde entsprochen wurde. Die Stilllegung dieses wichtigen Teiles des Betriebes führte in kürzester Zeit zum Erliegen des Gesamtbetriebes. Die Verteilung wurde dadurch gezwungen, die beteiligten Arbeiter sofort zu entlassen. Die heute nachmittag erfolgte Abstimmung ergab, daß sich die große Mehrzahl der Belegschaft des Werks mit den Entlassenen solidarisch erklärte, worauf der ganzen Arbeiterschaft des Werkes in Oppau gekündigt werden mußte, da unter diesen Umständen eine Fortführung des Betriebes unmöglich ist. Die Angestellten des Werkes stellten sich reslos auf den von der Werksleitung in der Frage eingenommenen Standpunkt.

Streikbewegung.

Wie zu erwarten stand sind die Leigitzer städtischen Arbeiter dem Vorgehen der Chemnitzer Gemeindeführer gefolgt und am Montag wegen der schwebenden Lohnforderungen in den Ausstand getreten. Die Versorgung der Stadt mit Gas, elektrischem Strom und Wasser ist zum größten Teil eingestellt. Da die hauptsächlichsten Notstandsarbeiten zur Zeit noch von den Gemeindeführern selbst auszuführen werden, ist mit einem Eintritten der technischen Nothilfe vor der Hand nicht zu rechnen.

Die Arbeiter der Elektrizitätswerke in Dresden sind ausständig. Die städtische Straßenbahn hat ihren Betrieb einstellt.

Gegen weitere Kohlenpreissteigerung.

In der nächsten Zeit werden mit der Regierung Verhandlungen gepflogen, um zu einer einheitlichen Preisregelung im ganzen Reich zu kommen. In der Kohlenförderung nähern wir uns dem Friedensstande. Die Reichsregierung steht auf dem Standpunkt, daß eine weitere Kohlenpreissteigerung nicht mehr zugelassen werden darf und den unbilligen Preistreibern energisch entgegengetreten werden müsse. Die Reichsregierung hat auch die Zusicherung gegeben, auf die in Betracht kommenden Kartelle einen Druck auszuüben. — Auch die Frage der Zuckerbekämpfung wird demnächst den Gegenstand einer besonderen Besprechung mit der Reichsregierung bilden.

Deutschland und Rumänien.

Nach einer der deutschen Friedensdelegation in Paris erteilten mündlichen Auskunft des französischen Ministeriums des Auswärtigen hat die rumänische Regierung am 14. September ihre Ratifikationsurkunde zum Versailler Friedensvertrag in Paris niedergelegt. Der Friedensvertrag ist also mit diesem Zeitpunkt im Verhältnis zwischen Deutschland und Rumänien in Kraft getreten. Die in den Schlußbestimmungen des Friedensvertrags vorgesehene amtliche Mitteilung der französischen Regierung über die Niederlegung der rumänischen Ratifikationsurkunde ist bei der deutschen Regierung bisher nicht eingegangen. Infolgedessen hat auch die übliche Bekanntmachung im Reichsgesetzblatt über die Ratifikation durch Rumänien noch nicht erfolgen können.

Sozialdemokratischer Parteitag in Kassel.

In der Mittwochsung der S. V. D. legte Rudolf Wissell u. a. dar, daß in der Frage über die Sozialisierung des Bergbaues volle Einigkeit herrsche, doch frage es sich, was mit den Betrieben werden soll, die noch nicht reif zur Sozialisierung seien. Wir sind heute noch ärmer, als vor einem Jahre. Wir haben eine Einfuhr von über 27 Milliarden. In der Wirtschaft ist eine reiche Zukunftspolitik getrieben worden. Es ist auch nicht wahr, daß der Vertrag von Versailles Deutschland wirtschaftlich die Hände bindet. Der Kapitalismus ist so entwickelt, als ob es in den letzten beiden Jahren keine Kriege und keine Revolution gegeben hätte. Jeder Verbrauch, der nicht unbedingt nötig ist, muß unterbunden werden. Wir müssen das Volk von Phantasien und Illusionen befreien, dann wird es auch die höchsten Leistungen vollbringen können. Das zweite Referat hielt Wirtschaftsminister a. D. Robert Schmidt der scharfe Worte Wissell richtete.

Die U. S. V. in Kasse.

Der Parteitag der unabhängigen Sozialdemokraten beschloß, ein Protesttelegramm an das Auswärtige Amt zu richten, da dieses sich noch nicht habe bereit finden lassen, die Aufenthaltserlaubnis für die russische Delegation bis Montag zu verlängern.

Erstgenannte gab sein Bedauern über die Spaltung in der Arbeiterschaft Ausdruck und führte sie auf die Haltung der Rechtssozialisten zurück, die eine nationale Partei geworden sei. Er vertritt den Standpunkt der Diktatur des Proletariats und den Klassenkampf mit der politischen und wirtschaftlichen Macht der Arbeiterschaft. Der Redner bezeichnet die russischen Bedingungen für ein Sammelurteil von Widersprüchen. Das Regierungssystem, das den grundsätzlichen Terror anzieht, bekämpfe er. Wir verstehen unter Diktatur des Proletariats die Ausübung der politischen und wirtschaftlichen Macht durch die Arbeiterschaft unter Führung wissenschaftlich gebildeter Persönlichkeiten. Daß der Kommunismus die Revolution gewissermaßen zusammen mit dem Kapitalismus machen will, haben wir nie verstehen können und können wir auch nicht mitmachen.

Konferenz der Liga des Völkerbundes.

Bei der Mailänder Eröffnung der internationalen Konferenz der Liga für den Völkerbund verlas Tittoni eine Botschaft des Völkerbundesrates, worin dieser der Konferenz seine Sympathie und Ermutigung ausdrückt und betont, daß der Völkerbund nicht beabsichtigt, die geschäftlichen Rechte der Völker zu schmälern, sondern diese Rechte zu schützen und ein freundschaftliches Zusammenwirken aller Völker im Kampfe gegen die gemeinsamen Feinde zu ermöglichen wünsch. Darauf hielt Tittoni eine Ansprache, in der er ausführte:

Der Völkerbund will eine hohe, unabhängige und unparteiische Behörde sein. Er würde seinen Zweck verfehlen und der allgemeinen Achtung anheimfallen, wenn er die Sonderinteressen einiger Regierungen statt derjenigen der Menschheit wahrnehmen sollte. Die augenblickliche Lage Europas ist nicht weniger verhängnisvoll, als es die Lage der Völker nach anderen großen Kriegen war, denn sie birgt in den Friedensverträgen die Keime zukünftiger Kriege in sich. Ein neues Phänomen taucht am Horizonte auf, das Erwachen von Unabhängigkeitsbestrebungen von Völkern, die kolonialer Herrschaft unterworfen sind. Die Aufgabe des Völkerbundes wird hart sein, indessen machen sich schon seine Wohltaten fühlbar. Tittoni zählte dann einige wohltätige Maßnahmen des Völkerbundes auf und sprach den Wunsch aus, daß die Regierungen die Entschlüsse der letzten Brüsseler Konferenz ausführen möchten, denn sonst würden sie eine schwere Verantwortung auf sich nehmen.

Der Minister des Auswärtigen, Graf Sforza, erklärte, die Form des Völkerbundes würde Gefahr laufen, etwas schlimmes als eine Utopie zu werden, nämlich eine Lüge oder höchstens eine Versöhnungsgesellschaft auf Gegenseitigkeit, wenn der Völkerbund keine andere Macht hätte, als die Protokolle aufzusetzen. „Vor hundert Jahren“, so fuhr der Minister fort, „schufen andere Protokolle mit der Heiligen Allianz so etwas wie einen Versuch zu einem Völkerbunde, aber die Bewegung der Nationalisten brachte den Versuch zum Einsturz wie ein Kartenhaus. Ebenso würde auch der Völkerbund nicht sicher sein, wenn in der Welt von morgen eine Klasse reicher, blühender Staaten, die alles zum Leben Notwendige besitzen, nicht begriffe, daß ihr Wohlergehen mit dem Wohlergehen aller verknüpft ist, und wenn sie, sei es auch unbewußt, schließlich eine Klasse gegenüber den Staaten schaffen würden, welche für Proletarier gelten müßten. Zum Völkerbunde brauche der Völkerbund eine andere moralische Atmosphäre.“

Der Redner schloß mit dem Wunsch, daß die Arbeiten der Konferenz zum Wohle der Menschheit von Erfolg begleitet sein möchten.

Der Rat des Völkerbundes.

Auf der am 20. Oktober stattfindenden Tagung des Rates des Völkerbundes wird u. a. die Aufstellung des Programmes erfolgen, wonach die Bewaffnung der verschiedenen kleinen Staaten, die dem Völkerbunde beitreten

sollen, beschränkt wird, bezügl. die Schaffung eines Planes für die Finanzwirtschaftsorganisation, die die Vorschläge der Brüsseler Konferenz behandeln soll, außerdem die Aufstellung des Budgets für 1921. Tittoni wird einen Entwurf für die internationale Aufsicht der monopolisierten Rohstoffe einbringen. Wahrscheinlich werden auch die polnisch-litauischen Streitfragen behandelt.

Das Kabinett Giolitti bedroht.

Der „Corriere della Sera“ teilt mit, die parlamentarische nationalistische Gruppe habe beschlossen, nicht mehr der Mehrheit der Kammer anzugehören, die das Kabinett Giolitti unterstütze. Die Zeitung bemerkt, es sei nicht ausgeschlossen, daß außer den Nationalisten auch die Rechtsliberalen, die eine ziemlich starke Fraktion bilden, Giolitti die Gefolgschaft verweigern. Die Nationalisten waren, nachdem sie Ritti gestürzt hatten, für Giolitti, in der Hoffnung, daß er die Autorität des Staates wiederherstellen würde und daß er sich das Programm des Vertrages von Versailles in bezug auf Fiume zu eigen machen werde.

Der „Secolo“ spricht von der Möglichkeit eines baldigen Rücktritts Giolittis. Er dürfte voraussichtlich ersetzt werden durch den bisherigen Kammerpräsidenten De Nicola, einen bekannten Parlamentarier, den Giolitti selbst an die Spitze des Parlaments wünsch.

Oberschlesien.

Der besondere Gerichtshof der internationalen Kommission verhandelte in Doppel gegen den Geheimen Bergrat Wiggert, dem Chef der staatlichen Bergwerksdirektion in Hindenburg, der der Beihilfe zum Waffenschmuggel angeklagt war. Der Anklagevertreter mußte in seinem Plaidoyer selbst zugeben, daß seiner Ansicht nach zwar Verdachtsmomente vorliegen, daß aber die erbrachten Beweise und die Verhandlungen selbst keine Handhabe bieten, um Geheimrat Wiggert zu verurteilen und zu bestrafen. Er zog deshalb die Anklage am Schluß seiner Ausführungen zurück. Nach längerer Beratung verlinde der Gerichtshof das Urteil, das dahin lautet, daß Geheimrat Wiggert von der Anklage freigesprochen und sofort aus der Haft entlassen wird.

Einem Vertreter des „Temps“ gegenüber äußerte sich Korsantv, daß die Volksabstimmung in Oberschlesien unter den gegenwärtigen Umständen ihm wie eine Partie mit einem Mögler erscheine. Die Zahl der aus Oberschlesien ausgewanderten Stimmberechtigten schätzt er auf 400 000. Um Schiebungen von deutscher Seite zu verhindern, dürfen keine in Deutschland hergestellten Papiere verwendet werden. Notwendig sei, daß der deutsche Kapitalismus in Oberschlesien durch den französischen abgelöst werde.

Das „Allgemeine Handelsblatt“ sagt, es liege fest, daß bei den französischen Besatzungsbehörden in Oberschlesien das Bestreben bestehe, Polen die Hand zu reichen, um ihm ein günstiges Abstimmungsergebnis zu verschaffen. Man erregte sich in Frankreich kaum minder stark über die polnischen Ausfälle in Oberschlesien als in Polen selbst. Die Deutschen könnten noch so nachdrücklich beweisen, daß Oberschlesien für sie von vitaler Bedeutung sei, die Franzosen sähen gerade darin, daß Deutschland Oberschlesien behalte, eine ernste Gefahr. Das sei Grund genug, um Polen durch gewisse Maßnahmen entgegen zu kommen, die auf Verminderung der Anzahl der zu erwartenden deutschen Stimmen von Einfluß sein könnten.

Die Abstimmung in Kärnten.

Das Ergebnis.

Aus Klagenfurt wird gemeldet: Soeben ertönen vom Stadthaus aus 16 Völkerschüsse, welche der in der größten Erwartung befindlichen Bevölkerung verkünden, daß in einer Stunde das Ergebnis der Volksabstimmung vom Rathaus bekanntgegeben wird. Das Ergebnis ist folgendes: 10 569 für Deutsch-Österreich 1980, für Jugoslawien 2331, Distrikt Portsch für Österreich 6428, für Jugoslawien 4984, Distrikt Bleiburg für Österreich 5140, für Jugoslawien 2442, zusammen für Österreich 21 352, für Jugoslawien 15 096 Stimmen: 59,14 Prozent der Stimmberechtigten stimmten also für Österreich. In den Straßen der Stadt herrscht ein außergewöhnlich reges Leben. Alle Häuser sind besetzt. Alles strömt zum „Neuen Platz“, der von einer vieltausendköpfigen Menschenmenge besetzt ist. Von den umliegenden Höhen dröhnen Völkerschüsse; alle Glocken läuten.

Die Lage im Osten.

Der Waffenstillstand.

Nach dem Vorfriedens- und Waffenstillstandsvertrag der Dens am Abend um 7 Uhr unterzeichnet worden ist, anerkennt Polen und Sowjetrußland die Unabhängigkeit der Ukraine und Weißrußlands und verzichten auf gegenseitige Kontributionen. Die Kommissionsberatungen werden fortgesetzt.

Von russischer Seite wird durch einen Funkpruch von Moskau der Abschluß des russisch-polnischen Abkommens von Riga bestätigt, in welchem sich beide Teile verpflichten, sofort nach Unterzeichnung des Waffenstillstandes zu Verhandlungen über den endgültigen Frieden zu schreiten. Wie aber aus Riga gemeldet wird, wurde die Vollziehung der Friedenskonferenz, die am Samstag zur Unterzeichnung des Waffenstillstandes und des Vorfriedens zwischen Rußland und Polen abgehalten werden sollte, auf einen unbestimmten Tag verschoben. Die Sekretariate der beiden Friedensdelegationen veröffentlichen eine Mitteilung, in welcher erklärt wird, daß die Unterzeichnung infolge verschiedener Schwierigkeiten noch nicht stattfinden könne.

Das Abenteuer Zeligowski.

General Zeligowski hat ein Radiotelegramm an die polnische Regierung gerichtet, in dem er sie bittet, die von ihm eingesetzte Kommission anzuerkennen. Er schlägt vor, einen Tag und Ort festzusetzen, wo die Bevollmächtigten der beiden Parteien zusammentreffen und die Frage besprechen können. General Zeligowski hat außerdem eine Note an die Regierung in Kowno geschickt, in der er sagt, er sei nicht seine Absicht, mit Litauen in den Kampf zu treten. Die Grenze zwischen Nord- und Mittellitauen wird durch eine Volksabstimmung festgelegt werden.

Eine neue Konferenz in Brüssel.

Der Vertreter des „Journal“ in London hatte eine Unterredung mit Delacroix, der ihm den Plan einer einanderseitigen, der Lloyd George in der Wiedergutmachungsfrage unterbreitet ist. Es ist ein Kompromiß zwischen der französischen Auffassung und dem englischen Vorschlag. Delacroix gibt die Idee einer Konferenz, so wie sie in Spa vorgesehen war, auf und schlägt vor, die Prüfung der Wiedergutmachungsfrage einer Konferenz in Brüssel zu unterbreiten, die aus Mitgliedern der Wiedergutmachungskommission zusammengesetzt sein soll, die in diesem Falle als Vertreter ihrer Regierung auftreten und zu der Vertreter der deutschen Regierung zugezogen werden sollen. Die Mitglieder der Wiedergutmachungskommission werden nicht als Richter auftreten, sie werden die Deutschen anhören, ihre Vorschläge und Einwendungen prüfen und ihre Schlußfolgerungen diskutieren. Es wird also eine Versammlung von Sachverständigen sein, die Material vorbereiten. Jeder der Delegierten wird einen getrennten Bericht für seine Regierung ausarbeiten. Die Konferenz wird also nur das Vorspiel einer Vereinigung der Regierungschefs sein. Delacroix fügte hinzu, daß die sechs Vereinskommunen abgeschlossen sei, soweit es Lloyd George angeht. Die englische Regierung nimmt den belgischen Vorschlag an und der belgische Ministerpräsident seinerseits hofft, daß Frankreich und die übrigen Alliierten ebenfalls zustimmen werden. Amerika wird bei diesen Besprechungen nur offiziell vertreten sein.

Auf die Frage des Korrespondenten, ob der französisch-belgische Vertrag dem Völkerbund vorgelegt werde, antwortete Delacroix, es sei seine Absicht, den Vertrag durch den Völkerbund registrieren zu lassen. Man werde in großen Zügen seinen Inhalt mitteilen, aber es sei klar, daß die militärischen Pläne nicht bekannt gegeben werden können.

Ueber das gleiche Thema hatte auch der Vertreter des „Main“ eine Unterredung mit Delacroix, der ihm den Inhalt des Vorstehenden voll und ganz bestätigte. Auf die Frage des „Main“-Vertreters, ob nicht zu befürchten sei, daß Deutschland sich an dem Wortlaut der Versailler Vertrags habe, meinte Delacroix, er glaube es nicht. Deutschland könne nicht mit Dritten in Verbindung treten, solange die auf ihm lastende Hypothek nicht genau festgestellt worden sei. Die französische Regierung werde sich jetzt über das Thema Lloyd George-Delacroix auszusprechen haben. Nach der Konferenz wird ihre Zustimmung eine große Konzeption darstellen.

Allelei Nachrichten.

Einigung im Berliner Zeitungsgewerbe?

Die im Reichsarbeitsministerium geführten Verhandlungen zur Beilegung des Streites im Berliner Zeitungsgewerbe führten nach langen, außerordentlich schwierigen Verhandlungen durch beiderseitiges, weitgehendes Entgegenkommen zu einer völligen Einigung. Die getroffenen Vereinbarungen unterliegen noch der Zustimmung der beteiligten Verbands- und Gewerkschaften, die bald erfolgen dürfte. Es ist zu erwarten, daß in den von Streik betroffenen Betrieben die Arbeit noch am Donnerstag aufgenommen wird.

Am Samstag, wo die Arbeiter der Stadt Werks seit Samstag streiken, haben Verhandlungen zu keinem Ergebnis geführt. Die Stadt ist ebenfalls wieder ohne Licht und Strom und die Straßenbahn verkehrt nicht.

Vereitelter Patentverrat.

Ein Verbrechen wird bekannt, bei dem es sich, falls es nicht im letzten Augenblick verhindert worden wäre, um den Raub von Milliardenwerten gehandelt hätte, um Geld, die überhaupt unberechenbar sind. Es handelt sich um den Raub von vielen Geheimverfahrenen, bisher nicht veröffentlichten Patente der deutschen chemischen Industrie und ihren Verkauf um einen Zehnstausend an das Ausland. Die chemischen Werke Siedheim Elektr., die Deutsche Gold- und Silberseidenanstalt Frankfurt a. M., die chemischen Werke Rheinisch-Mannheim und Gebrüder Böhringer in Nieder-Ingelheim hatten eine bedeutende Anzahl von Geheimverfahren zur Erzeugung von Chemikalien beim Reichspatentamt angemeldet und die Berechnungen, Unterlagen, Zeichnungen und Dokumente darüber bei einem Frankfurter Patentanwalt niedergelegt. Dort wurden sie durch die Sekretärin des Patentanwalts, die 24jährige Anna Büttner, auf Anstiften ihres Bräutigams, des 24jährigen Mechanikers Heinrich Palzer, gestohlen. Die Urheber des Vertriebes waren der 33jährige Architekt Ernst Symmer und der Meister Georg Horst. Die beiden letzteren waren mit ausländischen Agenten in Verbindung getreten und hatten es übernommen, diese in den Besitz der Dokumente zu setzen. Symmer veranlaßte den Heinrich Palzer, seinen Schwager, zur Ausfertigung des Diebstahls, der dann gemein am mit der Büttner vollzogen wurde. Den Diebstahl zwischend den ausländischen Spionen und den Frankfurter Dieben und Helfern vermittelte durch Deduktion und andere Manipulationen der Meister Horst. Die Dokumente, die einen ganzen Koffer füllten, sollten vor etwa zehn Tagen durch den Bruder des Palzer, den Karl Palzer, nach einer Stadt im besetzten Gebiete geschafft werden gegen sehr hohe Bezahlung von ausländischen Interessenten in Empfang genommen werden. Symmer gab an der Frankfurter Nikolaikirche Karl Palzer den Koffer zum Abtransport ins besetzte Gebiet. Er selbst wollte dann, von Palzer getrennt, ebenfalls nach dem fahren. Diesen Vorgang an der Nikolaikirche hatte ein wackerer Fuhrmann beobachtet, der sofort einige Beamten der Sicherheitspolizei aufmerksam machte. Die Beamten gingen nacheinander in außerordentlich geschickter und umfänglicher Weise vor, so daß es ihnen gelang, Palzer mit dem Koffer vor dem Hauptbahnhof Frankfurt abzufangen und festzunehmen. Der Koffer wurde nach dem Polizeipräsidium gebracht. Er barg tatsächlich, bis an den Rand gefüllt, eine Fülle hochwichtiger Patente der deutschen chemischen Industrie. Die weiteren Feststellungen führten zur Verhaftung von bisher neun Personen, von denen, da ein Rückverbauch nicht vorliegt, drei wieder entlassen wurden. Nach Angabe der in Frage kommenden chemischen Werke hätte die deutsche Industrie, nicht nur die chemische, sondern falls der Raub gelungen wäre, einen Schaden erlitten von unübersehbarer Tragweite, der einfach nach Milliarden den gewertet werden müßte. Die Haupttäter hatten zur Ausführung des Raubes aus dem Auslande bereits erhebliche Summen vorschussweise erhalten.

Kleine Meldungen.

Berlin. Der deutsche Botschafter hat dem „Giornale d'Italia“ mitgeteilt, Fürst Bülow habe ihm versichert, er wolle nichts mehr von der Politik wissen. Er habe nur den einen Wunsch, in die Villa Malta nach Rom zurückzukehren, um dort seinen Lebensabend zu verbringen.

Berlin. Der Reichspräsident empfing den ungarischen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister Dr. Gustav Enich von Csoepe zur Entgegennahme seines Beglaubigungsschreibens. Reichsminister Dr. Simon war bei dem Empfange zugegen.

Berlin. Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ hört, wird seitens des Reichsfinanzministers auf Grund eingehender staatlicher Erwägungen an der Neuauflage eines Beamtenverzeichnisses gearbeitet, das für das ganze Reich eine einheitliche Regelung vorsieht.

Paris. Infolge des Rückganges der Kokspreise beschloßen die Industriellen, die Metallpreise um 20 Prozent zu ermäßigen.

New York. Der Präsidentschaftskandidat Harding hat in einer Wahlversammlung erklärt, daß er die amerikanischen Truppen vom Rhein zurückziehen werde, wenn er zum Präsidenten gewählt werde.

Aus Nassau und Umgebung.

Nassau, den 15. Oktober 1920.

Von der Post. Die hiesige Postmeisterstelle ist dem aus dem Elsaß übernommenen Postmeister Weyland z. Zt. Limburg (Lahn) übertragen worden.

Turnerisches. Zu den am 17. Oktober in Limburg stattfindenden Gaumeisterschaftskämpfen, an welchem nur die zehn besten Turner des Lahn-Dill-Gaues in Frage kommen, werden von der hiesigen Turngemeinde die Turner Karl Buch und Karl Späth an diesen Kämpfen teilnehmen, ferner wird die Turngemeinde an der 5mal 100-Meterstaffette mitstarten. Wir wünschen guten Erfolg. Gut Heil!

Sport. Am kommenden Sonntag stehen sich auf dem Sportplatz „Brühl“ zwei Meisterschaftsanwärter der B-Klasse im fälligen Verbandsspiel gegenüber. Die erste Mannschaft unserer „Nassovia“ dürfte gegen die gleiche „Elf“ des Sportvereins Oberlahnstein einen harten Stand haben. Die äußerst linke und schußsichere Mannschaft Oberlahnsteins, der außerdem ein frischer Zug auf das Tor eigen ist, konnte erst kürzlich gegen Spiel und Sport Andernach 3:1 und gegen Emserhütte 5:3 gewinnen. Unsere Nassauer „Elf“ hat sich in der neuen Aufstellung sehr gut bewährt — vorbildlich arbeitet die Laufreihe, die auch am kommenden Sonntag mit etwas Schußfreudigkeit des Sturmes das Spiel offen halten und entscheiden dürfte. — Spielbeginn 2½ Uhr.

Weiß A.,

Weiß W., Kreuhler,

Himmighofen, Langhammer, Kurz,

Mager, Schaub, Dittel, Höfer, Sprietersbach.

Gegen das am vergangenen Sonntag i. Niederbrechen stattgefundene Spiel, das 2:1 für Niederbrechen endete, wurde Protest eingelegt, dem in der letzten Bezirksausschlußsitzung stattgegeben wurde. Das Spiel wird am 31. Oktober auf dem Platz des Sportvereins Staffell wiederholt.

Taunusklub. Unsere Oktoberwanderung, die kommenden Sonntag stattfindet, hat Niederfelters zum Ziel, wo die diesjährige Hauptversammlung des Gesamttaunuskubs tagen wird. Sie soll den Teilnehmern Gelegenheit geben, die Organisation als Ganzes kennen zu lernen und mit Wanderfreunden aus anderen Zweigvereinen, besonders aus dem Stammklub, Grub und Handschlag zu tauschen. Frühmorgens 6.18 bringt uns die Bahn über Diez nach Oberneisen, wo die eigentliche Wanderung beginnt, die noch die Ortschaften Rehbach, Heringen, Kirberg und Dauborn-Eufingen berührt. In Kirberg, wo unsere Ankunft gemeldet ist, soll in der Wirtschaft und Mehrgerei von Bender längere Frühstückspause gemacht werden. Wer einen Dauborner „Kloaren“ an der Quelle genießen will, hat in den an der Wanderstraße gelegenen Schwesterhöfen Dauborn-Eufingen Gelegenheit; er tue aber des Guten nicht zu viel, sonst möchte er sich wohl genötigt sehen, durch einen kühlen Trunk am Brunnen von Niederfelters, wo wir alsbald endgültig Halt machen, die ungewollte Wirkung einigermaßen aufzuheben. Die Hauptversammlung findet um 2 Uhr im Saalbau Urban statt. Das gemeinsame Mittagessen vereinigt die angemeldeten Teilnehmer (siehe Nass. Anz. Nr. 114) um 4½ Uhr im Saalbau Staubi. Hierzu teilt der Zweigverein Niederfelters der hiesigen Wanderleitung mit, daß auch für das leibliche Wohl der nicht angemeldeten Wanderfreunde in den einzelnen Wirtschaften Sorge getragen ist. Da nach Mitteilung des genannten Vereins auch für musikalische Unterhaltung gesorgt ist, so dürfte auch diese Wanderung wie schon so manche in diesem Jahre die Teilnehmer die erhoffte Erholung nach Tage und Wochen harter Arbeit bringen. Frisch auf!

Regelung des freien Vieh- und Fleischhandels. Ueber die Bestimmungen im Vieh- und Fleischhandel nach Aufhebung der Zwangswirtschaft herrschen noch viel Unklarheiten. Zur Aufklärung wird uns von zuständiger Stelle nachstehendes mitgeteilt:

Grundsätzlich ist nach der Reichsverordnung vom 19. 9. 1920 zur Fernhaltung unzuverlässiger Persönlichkeiten der gesamte Viehhandel konfessionspflichtig; als Viehhandel in diesem Sinne gilt auch der unmittelbare Einkauf der Metzger und Fleischwarenfabrikanten beim Viehhändler.

Die für die Viehverläufe vorgeschriebenen Schlupfheine sind unverzüglich nach Tötung des Geschäftes in den Landkreisen bei den Landräten, in den Städten bei den Bezirksfleischstellen einzureichen.

Für die Metzger besteht die Verpflichtung, die Kleinhandelspreise für Fleisch sowohl im Laden, wie im Erker deutlich sichtbar auszuhängen. Verkäufe gegen die vorgenannten Bestimmungen sind mit Geld- bzw. Freiheitsstrafen bedroht.

Die Fernsprechanleihe. Es mehren sich die Anfragen, ob die deutsche Volksversicherung noch heute Kreditierungsaufträge annähme. Dazu schreibt uns die Volksversicherung, daß sie nach wie vor nicht nur für bestehende, sondern auch für neu anzulegende Fernsprechanleihe die Fernsprechnote vorzusprechen bereit ist und zwar für das ganze Reichsgebiet. Bezüglich der bereits fälligen Fernsprechnote bittet sie nur, die Anträge möglichst bald und auf dem vorgeschriebenen Wege, nämlich an das zuständige Fernsprechvermittlungsamt der Post einzureichen, von diesem Amt auch den Antragsvordruck in einfacher Weise, mittels Postkarte oder dergl. einzufordern. Jeder Fernsprechnotenehmer findet die Adresse des für ihn zuständigen Fernsprechvermittlungsamtes auf dem

Zahlungsaufforderungsvordruck, den die Post ihm zugesandt hat und kann sie auch leicht aus dem Verzeichnis der Fernsprechnotenehmer feststellen. Dieses Amt zieht auf den Antrag hin die Einschreibgebühr für die deutsche Volksversicherung ein, ebenso die späteren Vergütungen. Direkte Zahlung der Einschreibgebühr und der Vergütung an die Deutsche Volksversicherung bittet sie, zu unterlassen, da sie die Beträge wieder zurücksenden müßte; die Zahlung ist nur an die Post (Fernsprechvermittlungsamt) zulässig.

Schmalz. Amtlich wird mitgeteilt: Sie und da erscheinen in den Zeitungen Anpreisungen von „Schmalz“ dem überhaupt kein Zusatz oder nur in bedeutend kleinerer Schicht, an unauffälliger Stelle, „compound lard“ beigefügt ist. Die Anzeige wirkt bestirrend für das Auge der Sparamen Hausfrau, die das verschönt beigefügte „compound lard“ überliest und meint, es handle sich um Schweinefleisch, das in den Metzgerläden einige Mark teurer ist. Dieses letztere ist allerdings reines amerikanisches Schweinefleisch, während jenes „compound lard“ nur ein Kunstprodukt, ein Mischfett ist, das aus Pflanzenfetten, wie Sesamöl, Stärrin und vielleicht auch etwas Schmalz besteht. Der Hausfrau dürfte diese Aufklärung genügen. Die Verkäufer dieses Mischfetts werden aber darauf hingewiesen, daß es strafbar ist, etwas dergestalt als Schmalz anzugeben und daß, wie dies schon geschehen ist, in jedem Falle Anzeige bei der Staatsanwaltschaft erfolgen muß wegen Verstoßes gegen die Bekanntmachung wegen irreführender Bezeichnung von Nahrungs- und Genussmitteln.

Vom Reichsstarbuch erscheint Ende Oktober eine neue Ausgabe zum Preise von 24 Mark; Bestellungen nehmen alle Postanstalten und Buchhandlungen entgegen. Wegen der Schwierigkeiten bei der Herstellung des Starbuches wird eine möglichst frühzeitige Bestellung empfohlen, weil sonst möglicherweise auf Lieferung nicht zu rechnen ist.

Sonntagsgedanken für den Alltag.

Feststunden.

Überall, wo Frömmigkeit Leben und Kraft hat, da wohnt ihr der Trieb zur Gemeinschaft, zu gemeinsamem Beten, Loben und Singen, zu gemeinsamer Verehrung des Heiligen inne, da wird sie das, was wir im besonderen Sinne „Gottesdienst“ nennen. Und wo dieser Gottesdienst als Hauptsache und Wichtigstes im Mittelpunkt des Lebens eines Volkes steht, da ist es wohl um dieses Volk bestellt, da ist es innerlich gesund. Das ist unserem deutschen Volke jahrhundertlang bewußt und klar gewesen; und darin lag seine Kraft und Stärke.

Heute ist das, was wir wissen, anders geworden. Heute ist es unserem Volke nicht mehr etwas Selbstverständliches, daß seine Frömmigkeit ihm das Wichtigste im Leben bedeutet. Wir wollen darüber nicht jammern, aber um seiner selbst willen müssen wir diese Erscheinung aufs Tiefste beklagen. Denn darin liegt doch zuletzt der eigentliche Grund seines Verfalls und all seiner Not. Denn es ist eines der uralten, ewigen, unumstößlichen Gottesgebote, die niemand — nicht Volk, nicht einzelner — ungefragt übertritt: „Glaubet ihr nicht, so bleibet ihr nicht.“

Wer sein Volk lieb hat, dem müßte sich deshalb die Fragen aufdrängen: wie kann das besser werden? was kann ich dazu tun? Die rechte Antwort liegt hier, wie immer, in der Mahnung: besinne dich auf dich selbst! Diese Selbstbesinnung wird uns vor die Tatsache stellen, daß auch heute, wie zu allen Zeiten, im tiefsten Herzen jedes Menschen und auch unseres Volkes die Sehnsucht nach Gott liegt. Nur ist sie vielen nicht bewußt, bei andern ist sie verflüchtigt, andere suchen diese Stimme in ihrer Brust vielleicht zu betäuben und zu unterdrücken; aber sie ist überall vorhanden. Oder was bedeutet schließlich das Streben unserer Zeit nach Glück, Freiheit, Gerechtigkeit oder wie man's immer nennen mag, anders? So kommt es darauf an, daß diese im Verborgenen überall glimmende Sehnsucht geweckt wird, bis sie als helle Flammen durch unser ganzes Volk aufsteht.

Ist das möglich? Ja. Denn es hat schon doch viele, viele das Verlangen empfunden, heraus zu kommen aus allem Schmutz und aller Unsauberkeit, die jetzt allenthalben herrschen, und in einer reinen, besseren Welt zu leben; es hat sie ein Ekel angefaßt vor all dem unklaren, unreinen Geist, der sich überall breit macht. Hier muß man einsehen. Unser Volk muß sich heraussehn lernen aus der dumpfen Luft dieser Zeit, die überall, wohin wir blicken, mit Gift, Falschheit und Unreinheit erfüllt ist, es muß sich sehn lernen nach Stunden, wo es wieder reine, klare Luft atmet, es muß wieder wissen, daß es diese Stunden in seinem Gotteshaus, im Gottesdienst der feiernden Gemeinden findet. Das ist's was uns not tut: wirkliche Feststunden. Laßt uns die Sehnsucht danach allenthalben in unserem Volke wecken, laßt uns ihm zeigen, wo es sie wirklich finden und feiern kann, damit es wieder sprechen lerne: „Herr, ich habe lieb die Stätte Deines Hauses und der Ort, da Deine Ehre wohnt.“ Damit es auch seine innige Bitte werde: „Eines bitte ich vom Herrn, das hätte ich gerne: daß ich im Hause des Herrn: bleiben möge mein Leben lang, zu schauen die schönen Gottesdienste des Herrn und seinen Tempel zu betrachten.“ Wenn es dahin kommt, dann ist unser Volk gerettet. Wenn es sprechen kann:

Süßer Ruhetag der Seelen,
Sonntag, der voll Lichtes ist,
Heller Tag der dunklen Höhlen,
Zeit, in der der Segen fließt,
Stunde voller Seligkeit,
Du vertreibst mir alles Leid.“

Dann ist's auf dem rechten Weg. Dann findet es, was es mehr als alles Andere braucht: Feststunden.

Nachrichten des Wirtschaftsamtes der Stadt Nassau.

Möhren.

Es ist Bezug von Bechliner Möhren vorgelesen. Der Preis entspricht ungefähr dem Marktpreis. Bestellungen werden bis einschl. 18. Oktober auf dem Rathause, Zimmer 1, entgegen genommen.

Gottesdienstordnung

Sonntag, 17. Oktober 1920.

Evangel. Kirche Nassau.

Vorm. 10 Uhr: Hauptgottesdienst: Herr Pfr. Emme aus Ems. Kirchensammlung für den Westdeutschen Jünglingsbund.

Norm. 11 Uhr: Kindergottesdienst. (Vorbereitung dazu Freitag, den 15. Okt., 8 Uhr abends, in der Kleinkinderschule.) Der Nachmittagsgottesdienst fällt aus. Amtswoche: Herr Pfr. Lic. Frejensius.

Kathol. Kirche Nassau.

7.30 Uhr: Frühmesse; 10 Uhr: Hochamt; 2 Uhr: Andacht.

Diensthal.

Vormittags 10 Uhr: Predigt. Kindergottesdienst.

Obernhof.

Vormittags 10 Uhr: Gottesdienst und Christenlehre.

Einladung

zur Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung am Montag, den 18. Oktober 1920, nachmittags 5½ Uhr, im Rathausaal.

Tagesordnung:

1. Aenderung des Vertrages mit der Landwirtschaftskammer betr. die landwirtschaftliche Lehranstalt in Nassau.
2. Herstellung einer Stützmauer.
3. Jahresbericht des Gas- und Elektrizitätswerkes Nassau.
4. Betr. Erneuerung des Eingangstores zum Adelsheim'schen Hofe.
5. Betr. Ausführung der Trottoiranlage vor dem Hause Raltbachstr. 9.
6. Betr. Tätigkeit der Wegebaubeamten.
7. Neuwahl eines Mitgliedes zur Baukommission.
8. Betr. Forderung des städtischen Fuhrmanns Schwarz.
9. Betr. Holzhauerlohnakkord.
10. Abgabe von Bauholz an Einwohner.
11. Genehmigung verschiedener Verpachtungen.

Der Magistrat wird zu dieser Sitzung gebeten.

Die Akten liegen am Freitag, den 15. und Samstag, den 16. Oktober auf dem Rathause — Zimmer 4 — zur Einsichtnahme offen.

Nassau, den 14. Oktober 1920.

Medenbach,
Stadtverordneter-Vorsteher.

Sozialdem. Partei, Ortsgruppe Nassau.

Mitgliederversammlung

am Samstag, den 16. Oktober 1920, abends 8 Uhr, im Restaurant „Zur Krone“ (Joh. Brumm).

Tagesordg.: 1. Stellungnahme zur Bürgermeistereiwahl, 2. Allgemeine Aussprache.

In dieser, für jeden Bürger Nassau's, so wichtigen Angelegenheit erwarten wir vollzähliges Erscheinen unserer Mitglieder.

Der Vorstand.

Holzappeler Kirmes

Sonntag, den 17. und Montag,

den 18. Oktober

Im Hotel-Herrenhaus „Zum Bären“

Münchener Weiss- und Bockwürste

Hausmacher-Wurst, eigene Schlachtung

ff. Vollbiere aus der Brauerei L. KUHN

Gut gepflegte Weine

KAFFEE und KUCHEN

Zum Besuche ladet freundlichst ein

Emil Busch.

Herzolin, prima Schuhcreme,

Herzol, allerr. Schuhcreme (Terpentinware),

Servus-Creme, Dose Mk. 2,-,

Schuhbänder in verschiedenen Sorten z. bill. Tagespreisen.

Schuhwaren Wilh. Degenhardt, Nassau,

Emserstraße 9.

Turn- und Sportgemeinde

„Nassovia“. Freitag 5.30

Uhr: Fußball und Leicht-

athletik.

Samstag 8 Uhr: Spielver-

sammlung (Paulus). Pässe

mitbringen.

Füllfederhalter

in der Stadt verloren. Abzu-

geben Mühlstr. 13.

Kluge

Frauen

kaufen keine teuren nutzlosen

Mittel, sondern gebrauchen bei

Regel-Störungen und Stockun-

gen mein anerkannt unschäd-

liches Spezialmittel, Garantie.

Sicher wirkend. Wenn alles

vergeblich, fassen Sie noch ein-

mal Mut und wenden sich ver-

trauensvoll an Resi Schind-

ler, Hamburg, Rappstr. 8. Dis-

kreter Versand Frau H. in H.

schreibt: Erfolg schon am 2.

Tag, ewig dankbar.

Rolle 2.-M.

Photogr. Atelier Willy Bramm

Bad Nassau

Für Aufnahmen jeglicher Art den ganzen Tag geöffnet
Sonntags von 9 Uhr vorm. bis 6 Uhr abends
Anfertigung sämtlicher Arbeiten für Amateure
Vergrößerungen werden unter Garantie auf Ähnlichkeit in Schwarz, Sepia
und Malerei geliefert
Bei größ. Aufträgen in Vereins-, Gruppen- und Familien-Bildern Preis-
ermäßigung
Bei Aufträgen außer dem Hause genügt Benachrichtigung durch Postkarte

Die Konferenz von Genf.

Der „Reit Parisien“ teilt mit, daß die französische Regierung auf die kürzliche Note des Lord Curzon in der dieser auf die Notwendigkeit der Genfer Konferenz hinweist, nunmehr ihre Antwort erteilt habe. Es scheint, so fügt das französische Blatt hinzu, daß Meinungsverschiedenheiten über die Methode die französische von der englischen Regierung trennen. Das Protokoll von Spa sah nur vor, daß eine internationale Konferenz in Genf stattfinden solle, nicht aber eine Konferenz der technischen Delegierten, die vorwiegend der Wiedergutmachungskommission angehören. Ob diese Delegierten nun in Genf oder an einem anderen Orte zusammentreffen, kann nicht zu Differenzen Anlaß geben, viel wichtiger ist vielmehr, daß vorher die alliierten und die deutschen Delegierten zusammentreten, ihre gegenseitigen Vorschläge besprechen, und ein Projekt ausarbeiten, ehe sich die Regierungen weiter besprechen. Zur Stunde tauschen die französische und die englische Regierung in aller Ruhe ihre Meinungen aus und wünschen das Mißverständnis zu beseitigen, das sie zu trennen scheint. Die übrige französische Presse versichert gleichfalls anscheinend auf eine amtliche Inspiration, daß Frankreich auf der Wahrung der Prioritätsrechte bestehen werde, wenn London eine Konferenz in Genf verlangen sollte, die alle Finanzfragen im Zusammenhang besprechen sollte. Nach der Ansicht der französischen Regierung und nach deren Anschauungen von den Beschüssen von Spa wäre eine Zusammenkunft der Regierungshäupter nur möglich und nützlich, nach der Regelung der wichtigsten Fragen, dagegen sei die französische Regierung zu jeder Zeit bereit, Delegierte in die Reparation nach Genf zu schicken unter der Bedingung daß die Grundlage der Besprechungen weder eingeschränkt noch erweitert werde.

Aus dem besetzten Gebiet.

Reims, 12. Okt. Ein Monteur, der mit der Anbringung einer Vogenlampe für die Straßenbeleuchtung beschäftigt war, verfuhr hierbei offenbar die Straßenleitung, wodurch er einen Schlag erhielt und aus einer Höhe von fünf Metern zur Erde stürzte. In bewußtlosem Zustande wurde er nach dem städtischen Krankenhaus gebracht.

Saarbrücken, 12. Okt. Wie der „Saarländer“ erzählt, wird die Eröffnung des saarländischen Obergerichts in Saarlouis in den ersten Tagen des November erfolgen.

Saarbrücken, 12. Okt. Für 50 000 Mark Schmuckstücke wurden bei einem Einbruch in der Königin-Luise-Straße einem französischen Offizier gestohlen. — Bei einem Einbruch in das Bureau der deutschen Grenzkommission im Saalbau wurde eine Kasse mit 12 bis 15 000 Mark Inhalt gestohlen. In beiden Fällen ist der Täter unbekannt.

Ludwigshafen, 12. Okt. Zu dem Streit und der Aussperrung in der badischen Anilin- und Sodafabrik teilt die „Pfälzische Post“ in Ludwigshafen noch mit, die Gewerkschaftsleitung in Verbindung mit der Arbeiterschaft und ihren Vertrauensleuten wird zu der Lage Stellung nehmen. Man hofft, daß es gelingt, zu einer Verständigung zwischen den Streitenden und der Fabrikleitung zu kommen. Das Oppauer Werk der Badischen Anilin- und Sodafabrik hat französische Besatzung bekommen.

Kleine Meldungen.

Berlin. Die „Freiheit“ teilt mit, daß die Delegation der russischen Gewerkschaften ihren Aufenthalt in Deutschland abbrechen muß. Das Auswärtige Amt in Berlin habe der Delegation mitgeteilt, daß sie nur noch bis zum 14. Oktober in Deutschland sich bewegen dürfe, und dies auch nur unter der Bedingung, daß ihre Mitglieder nicht mehr in Arbeiterversammlungen reden.

Paris. „Evening News“ erzählt, daß im Anschluß an die Brüsseler Finanzkonferenz der Zusammentritt einer Handelskonferenz in London beabsichtigt sei, um die Handelskredite der kontinentalen Nationen zu konsolidieren.

Paris. Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ aus Washington sei in den nächsten Monaten mit einem Preisrückgang der Nahrungsmittel um 33 Prozent in Amerika zu rechnen.

London. Laut „Daily Mail“ hat der Minister des Innern ohne Angabe von Gründen die Einreiseerlaubnis für den Direktor der A. G. G., Dr. Walther Rathenau verweigert. Dr. Rathenau beabsichtigte, an der internationalen Wirtschaftskonferenz zur Bekämpfung der Hungersnot teilzunehmen, die in London eröffnet wurde.

London. In seiner Antwort auf die Note Tschittschins erklärte Lord Curzon, daß Großbritannien sich infolge der Unaufrichtigkeit der Sowjetregierung in ihren diplomatischen und militärischen Operationen genötigt sehe, die gegenüber seinen Alliierten eingegangenen Verpflichtungen einzubehalten. England sei seinen Verpflichtungen gegenüber Rußland nachgekommen, aber seine gut gemeinten Anordnungen seien schlecht belohnt worden. Trotzdem sei England bereit, die Handelsbeziehungen zu Rußland wieder aufzunehmen, wenn die englischen Kriegsgefangenen heimbekehrt und die anderen schwebenden Bedingungen erfüllt werden.

London. Nach hier vorliegenden Meldungen, erklärte die armenische Regierung den türkischen Nationalisten von Angora den Krieg. Die georgische Regierung erlaubte den in ihrem Lande wohnenden Armeniern, als Freiwillige in das armenische Heer einzutreten und gewährte ihnen Erleichterungen, um sich zur Armee zu begeben.

Athen. Der Gesundheitszustand des jungen Königs von Griechenland, der von einem Affen gebissen wurde hat sich verschlechtert.



Kursnotiz mitgeteilt von der Nass. Landesbank

%		Geld	Brief
4	Nass. Landesbank	100,50	100,50
3 3/4	do.	94,—	—,—
3 1/2	do.	93,—	—,—
3	do.	85,—	—,—
4	Frankf. Hyp.-Bank	101,50	101,50
3 1/2	do.	—,—	—,—
4	Frankf. Hyp.-Creditverein	98,30	98,30
3 1/2	do.	87,—	—,—
5	Deutsche Reichsanleihe	79,50	79,50
4	do.	68,—	—,—
3 1/2	do.	58,50	58,50
3	do.	64,75	64,75
Devisen			
	Frankreich	439 1/2	44 1/2
	Holland	2067 1/2	207 1/2
	Schweiz	1078 1/2	107 1/2
	New York	67,17	67,32

Bekanntmachung.

Es ist beabsichtigt das an der Windenerstraße zwischen den Häusern Tegmeyer und Emrich, Distrikt unterer Hallgarten, gelegene Gemeinde-Grundstück (Parzellen Nr. 87/2025 etc. 29,95 A. groß und 88/2025 etc. 22,05 A. groß Kartenblatt 21) zu verkaufen. Der Käufer hat in einem notariellen Vertrage die Verpflichtung einzugehen, daß der Kaufpreis sofort bar zu entrichten ist, und daß eine Auflösung nur zu erfolgen hat, wenn das Grundstück innerhalb 3 Jahren mit einem Wohnhause bebaut wird; andernfalls wird gegen Rückzahlung von nur 1/2 des Kaufpreises der Kaufvertrag hinfällig. Die gegenwärtigen Verpachtungen behalten ihre Gültigkeit bis zur Bebauung.

Angebote werden bis zum 20. Oktober, vormittags 11 Uhr, erbeten. Am 20. Oktober, vormittags 11 Uhr, findet im Rathause in Gegenwart der Reflektanten die Eröffnung der Angebote statt. Die Erteilung des Zuschlages und die Auswahl unter den Bietenden bleibt vorbehalten; die Beschlusfassung darüber erfolgt innerhalb 5 Tagen. Bis dahin bleiben die Reflektanten an ihre Angebote gebunden.

Nassau, 7. Oktober 1920.

Der Magistrat: Unverzagt, Beigeordneter

Bekanntmachung.

Es ist festgestellt worden, daß auf dem städtischen Schutt- und Hausmüll-Platz auf der Lach angefahrenen Schutt- und Hausmüllmengen selten ordnungsmäßig verteilt werden, so daß das Berechnen seitens der Gemeinde unter Aufwendung von Kosten zu erfolgen hat. Wie bereits früher bekannt gegeben, sind die angefahrenen Mengen sofort ordnungsmäßig zu verteilen. In Zukunft wird Befolgung dieser Verordnung strengstens überwacht werden; Uebertretungen ziehen Bestrafungen nach sich. Personen, welche Kinder mit Abfällen zum Schutt- und Hausmüll-Platz schicken, sind für die Befolgung dieser Anordnung haftbar.

Nassau, 7. Oktober 1920.

Die Polizei-Verwaltung:

J. B. Der Beigeordnete: Unverzagt.

Einladung

zur gemeinsamen Sitzung der städtischen Körperschaften am Montag, den 18. Oktober, nachmittags 5 Uhr, im Rathausssaal.

Tagesordnung:

Wahl eines Bürgermeisters.

Nassau, den 13. Oktober 1920.

Medenbach,

Stadtverordneten-Vorsteher.

Taunus-Klub Nassau

(Vereins- und Verkehrsverein).

Sonntag, den 17. Oktober 1920:

Wanderung.

Abfahrt in Nassau 6,18 Uhr vorm., an Oberreifen 7,25 Uhr. Marsch: Rehbach, Heringen, Kirberg (Rast), Dauborn-Eufingen, Niederfelters. Marschzeit etwa 3 Stunden.

Von 2 Uhr ab Hauptversammlung des Gesamt-Taunusklubs im Saalbau Urban in Niederfelters. 4,30 Uhr gemeinschaftliches Mittagessen für die angemeldeten Teilnehmer im Saalbau Staudt. Anschließend Konzert. Rückfahrt ab Niederfelters 8 Uhr; Ankunft in Nassau 9,37 Uhr. — Späherführer: Emil Blank, Schluffführer: Hilda Roepf.

Der Vorstand.

Allg. Ortskrankenkasse für den Unterlahnkreis.

Sektion Nassau.

Die fälligen Rassenbeiträge vom 1. 7. bis 1. 10. 1920 sind bis zum 1. Novbr. an die Kasse zu entrichten.

Der Vorstand.

Die Beleidigung, welche ich gegen Fam. Karbach ausgesagt habe, nehme ich hiermit zurück

M. Arzt.

Vereinsnachrichten.

Turngemeinde. Sonntag Vorm. 6,40 Uhr: Abfahrt nach Limburg.

Turn-Verein Bergnassau-Scheuern. Mittwoch und Freitag ab 8,30 Uhr: Turnstunde. — Donnerstag ab 8,30 Uhr: Altersriege.

Turngemeinde Nassau. Jeden Dienstag und Freitag ab 8,30 Uhr: Turnstunde.

Grundstücks-Verpachtung.

Samstag, den 16. ds. Mts., abends 9 Uhr, läßt Frau W. Paul Wwe. ihre in hiesiger Gemarkung belegene

Grundstücke

auf die Dauer von 6 Jahren in der Gastwirtschaft Leicher öffentlich meistbietend verpachten.

Nassau, den 12. Oktober 1920.

J. A.: Wilh. Hermann.

Turngemeinde Nassau.

Montag, den 18. Oktober, abends 8 Uhr:

Monatsversammlung.

bei Gastwirt Scheuer (Nassauer Hof).

Tagesordnung:

1. Austeilung der Diplome.

2. Wichtige Besprechungen.

Vollständiges Erscheinen wird erwartet.

Der Vorstand.

Gewerbeverein.

Dienstag, den 19. Oktober abends 8 1/2 Uhr, im Hotel Jlk (Gartenlaal):

Mitgliederversammlung.

1. Bericht des Vorsitzenden des Gewerbevereins Ems über die Handwerker-Versammlung in Limburg.
2. Bericht des Schreinermeisters Georg Müller-Ems über den Handwerkerkongress in Jena.
3. Vereinsangelegenheiten

Zur zahlreicher Beteiligung wird eingeladen. Nichtmitglieder willkommen.

Der Vorstand.

Deutsch-Demokratische Partei.

Am Samstag, 16. Oktober, abends 8 1/2 Uhr:

Mitgliederversammlung

bei Piskator.

Tagesordnung: Stadtverordnetenversammlung, Sonstiges.

Vollständiges Erscheinen erwünscht

Der Vorstand.

ZAHN - PRAXIS

Charlotte Kyritz NASSAU Emserstrasse 1..

Sprechstunden Jeden Werktag ausser Sonntag von 9—12 u. 3—6 Uhr

Ueber.

Glücklich.

Frauen keine Angst

haben Sie mich gemacht. Die Wirkung trat nach knapp zwei Tagen ein. Sie schickten mir wirklich etwas Wunderbares. Ich schreibe Frau H. S. Leiden auch Sie unter der gefürchteten

Regelstörung?

Dann fassen Sie bitte Vertrauen zu mir, auch dann, wenn die teuren und marktschreierisch angepriesenen Mittel versagen. Auch Sie sollen glücklich sein! Keine Berufsstörung, vollkommene Unschädlichkeit, Garantie, Zufriedenung völlig diskret.

Versand E. Sternberg

432,

Berlin SW 68,

Möbl. Zimmer

zu vermieten. Zu erfragen bei

Conrad,

Kaltbachthal-Mühle.

Zukunft!

Charakter, Eheleben, Reichtum, Glück wird nach Astrologie, (Sterndeutung) berechnet. Nur Geburtsdatum und Schrift ein-senden. Viele Dankschreiben aufzuweisen. Schaub, Hannover, Wanenstraße 3.

Erfolg

vielfach schon in einigen Stunden, ohne Berufsstörung, Unschädlichkeit.

Geld zurück. Teilen Sie mir mit, wie lange Sie zu klagen haben. Diskr. Versand.

Dr. Steger, Hamburg 6,

Altonaerstraße 20 a.

Ich über-

treibe nicht, hunderte frohe

sagungen bestätigen d. Erfolg.

Frau J. schreibt: Ihre Mittel

sind wirklich ein Segen für die

Menschheit, Sie können Wunder

tun und sind ein wahrer Helfer

in der Not, nächst Gott danke

ich Ihnen.